

## **Beitrag zur Diskussionsplattform der AFET und IGfH – Große Lösung**

Als einen Schritt in die richtige Richtung, Leistungen „aus einer Hand“ zu ermöglichen, ist grundsätzlich aus Sicht der AWO die Integration der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche in das SGB VIII zu befürworten. Damit gelingt die konsequente Orientierung an der Lebenslage bzw. Lebensphase Kindheit und Jugend, die entsprechend individuell auf Partizipation und Inklusion ausgerichtet sein soll – ohne Einschränkung auf die Behinderungsdimension. ABER: Inklusion bezieht sich nicht nur auf Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, sondern auf alle Menschen und umfasst damit alle Dimensionen von gesellschaftlicher Benachteiligung wie beispielsweise Migration/ Interkulturalität, Gender Mainstreaming, Behinderung, sozioökonomische Bedingungen, Ethnie, Religion u.v.m.

Daher stellt sich die Frage, ob die große Lösung nicht eine größere Lösung intendiert: Fokus wäre hierbei u.a. die Überprüfung des Gesundheitssystems (Kranken- und Pflegeversicherung) und des Schulsystems in Hinblick auf das Leitprinzip Inklusion.

Unstrittig ist, dass bei realisierter Inklusion separierende Einrichtungen überflüssig sind – allerdings sollte man sich kritisch mit der Frage beschäftigen, ob spezialisierte Angebote ebenfalls überflüssig werden. So muss es darum gehen, dem Wunsch- und Wahlrecht des Leistungsempfängers zu entsprechen. Für bestimmte Zielgruppen kann es subjektiv die bessere Lösung sein, eine spezialisierte Einrichtung aufzusuchen. Besonders wichtig ist die Sicherstellung, dass die hohen fachlichen Standards der Eingliederungshilfe künftig erhalten und auch weiter entwickelt werden.

Die in dem Papier aufgeführten, kritischen Fragen werden bei der Umsetzung der großen Lösung der Schlüssel zu einer „inkluisiven und barrierefreien Jugendhilfe“. Erweitern könnte man den Katalog noch mit folgender Fragestellung: Wie kann ein System inklusiv sein, das Leistungen nur nach defizitorientierter Indikation ermöglicht?

Ein sehr ressourcenorientierter Blick in den Zwischenbericht der von der ASMK und JFMK eingesetzten Arbeitsgruppe „Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen“ schafft die Erkenntnis, dass mit Inklusion kein Sparprogramm auf die Beine gestellt werden soll, sondern zumindest Kostenneutralität angekündigt wird. Ob der avisierte Paradigmenwechsel kostenneutral zu bewältigen ist, bleibt fraglich.

Mit dem Positionspapier ist die Diskussion um die „Große Lösung“ fachlich aber auch handlungspraktisch geworden und mündet hoffentlich in einen die ASMK und JFMK positiv begleitenden Prozess.

**Wolfgang Stadler**

**Vorstandsvorsitzender - AWO Bundesverband e.V.**